

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

10. Juli 1990

130 (6 258)

25. Jahrgang

3 Kopeken

## Informationsmitteilung über den Verlauf des XXVIII. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 6. Juli 1990 setzte in Moskau, im Kremlikpalast, der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit fort.

Der Vormittagsplenarsitzung präsidierte G. G. Gumbardise, I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Georgischen SSR.

Auf dem Parteitag wurden die Diskussionen über die zu erörternden Fragen aufgenommen. Zu den Teilnehmern der Sitzung sprachen: P. K. Lutschinski — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Moldawiens; J. W. Maximow — Schriftsteller, Gebiet Smolensk; W. A. Gaiworonski — Elektroschweißer der Produktionsvereinigung „Asowmasch“, Gebiet Donezk; A. P. Rubiks — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands; M. T. Kabelkova — Lehrstuhlleiterin an der Staatlichen Pädagogischen Hochschule Abakan, Autonomes Gebiet der Chakassen; D. N. Kugultinow — Schriftsteller und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Kalmückische ASSR; A. M. Massalijew — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kirgisiens und Vorsitzender des Obersten Sowjets der Kirgisischen SSR; L. D. Sakowrjaschina — Rinderzüchterin unter Pachtbedingungen im Sowchos „Borowoi“ der Region Altai; K. Machkamow — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Tadschikistans und Vorsitzender des Obersten Sowjets der Tadschikischen SSR; M. A. Uljanow — Vorsitzender des Vorstandes des Verbandes der Theaterschaffenden der RSFSR und künstlerischer Leiter des Staatlichen Akademischen Wachtangow-Theaters, Moskau; W. M. Mowsissjan — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Armeniens; B. N. Jelzin — Vorsitzender des Obersten Sowjets der RSFSR; S. A. Nijasow — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Turkmeniens und Vorsitzender des Obersten Sowjets der Turkmenischen SSR; B. A. Kustow — Generaldirektor des Westsibirischen Hüttenkombinats „50 Jahre Großer Oktober“, Gebiet Kemerowo; W. M. Sjukin — I. Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol; W. I. Potapow — I. Sekretär des Gebietspartei-Komitees der KPdSU Irkutsk und Vorsitzender des Gebietsowjets der Volksdeputierten; A. W. Busgalin — Vertreter der Marxistischen Plattform in der KPdSU und Dozent an der Fakultät für Ökonomie der Lomonosow-Universität, Moskau.

In der Nachmittagssitzung präsidierte P. K. Lutschinski — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Moldawiens.

An den Debatten beteiligten sich: W. N. Schostakowski — von der Demokratischen Plattform der KPdSU, Rektor der Moskauer Parteihochschule, A. A. Sergejew — vom Initiativpartei-

der Kommunisten der Russischen Föderation, Lehrstuhlleiter an der Hochschule der Gewerkschaftsbewegung „N. M. Schwernik“.

Danach machte der Sekretariatsleiter des Parteitags A. N. Iljin eine Mitteilung über den Charakter der Zuschriften und Eingaben, gerichtet an den XXVIII. Parteitag der KPdSU.

Der Leiter der Gruppe für Verbindungen mit der Presse L. P. Krawtschenko gab Erläuterungen zu den eingetroffenen kritischen Bemerkungen über die unzureichende und mitunter tendenziöse Beleuchtung der Arbeit des Parteitags durch die Massenmedien und brachte konkrete Vorschläge ein.

Darauf wurden die Debatten fortgesetzt. Auf dem Parteitag sprachen: G. I. Janajew — Vorsitzender des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, Tsch. Aitmatow — Schriftsteller, Chefredakteur der Zeitschrift „Inostrannaja Literatura“, Kirgisische SSR, E.-A. A. Sillari — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands, I. K. Poloskow — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der RSFSR, G. A. Perschin — Elektromonteur in der Projektierungs- und Bauvereinigung „Bratskgorstroj“, Gebiet Irkutsk, W. S. Beloussow — Brigadier im Zementwerk Semipalatinsk, L. P. Rodionowa — Kontrollleurin in der Produktionsvereinigung „Chimwolokno“, Gebiet Kalinin.

Am 7. Juli 1990 setzte der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau, im Kremlikpalast, seine Arbeit fort.

Der Vormittagsitzung präsidierte S. A. Nijasow — I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Turkmeniens.

Zu den Teilnehmern des Parteitags sprach W. L. Jurtschenkova — Direktorin der Mittelschule Nr. 2 in Choiniki, Gebiet Gomel.

Darauf wurden die Mitteilungen der Vertreter der auf dem Parteitag arbeitenden Sektionen entgegengenommen.

Berichte erstatteten: Von der Sektion „Erneuerung der Partei“ — I. I. Melnikow, Sekretär des Parteikomitees der Moskauer Lomonosow-Staatsuniversität; von der Sektion „Ideologische Arbeit“ — I. T. Frolow, Sekretär des ZK der KPdSU, Chefredakteur der Zeitung „Prawda“; von der Sektion „Sozialökonomische Politik“ — S. I. Gurenko, I. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine; von der Sektion „Agrarpolitik der KPdSU“ — W. A. Starodubzew, Vorsitzender des Rassetierzucht-Kolchos „W. I. Lenin“ im Gebiet Tula und Vorsitzender des Bauernbundes der UdSSR; von der Sektion „Partei, Sowjets, gesellschaftspolitische Organisationen und Bewegungen“ — W. A. Kupzow, Leiter der Abteilung für Arbeit mit gesellschaftspolitischen Organisationen im ZK der KPdSU;

von der Sektion „Nationalitätenpolitik der KPdSU“ — A. N. Girenko, Sekretär des ZK der KPdSU; von der Sektion „Internationale Tätigkeit der KPdSU“ — W. M. Falin, Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU.

Nach der Erstattung der Berichte faßte der Parteitag den Beschluß über die Beendigung der Debatten.

Darauf beantworteten die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU N. I. Ryschow — Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, W. A. Medwedew und A. N. Jakowlew — Sekretäre des ZK der KPdSU — Fragen der Parteitagsteilnehmer.

Nach der Pause präsidierte in der Sitzung M. S. Gorbatschow.

Auf dem Parteitag ging das Antworten der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU auf die ihnen gestellten Fragen weiter. Zu den Delegierten des Parteitags sprachen der Sekretär des ZK der KPdSU J. K. Ligatschow und der Außenminister der UdSSR E. A. Schewardnadse.

Auf Vorschlag einer Reihe von Delegationen wurde die weitere Beantwortung von Fragen damit abgeschlossen.

Im weiteren informierte der Leiter der Redaktionskommission W. A. Iwaschko den Parteitag über die Arbeit am Entwurf der Resolution des XXVIII. Parteitags zum politischen Bericht des Zentralkomitees der Partei und verlaubliche ihn.

Nach dem vorläufigen Meinungsaustausch beauftragte der Parteitag die Redaktionskommission, dieses Dokument unter Berücksichtigung der geäußerten Bemerkungen und Vorschläge nachzuarbeiten und es den Delegierten des Parteitags vorzulegen.

Am 8. Juli 1990 setzte der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit fort. Sie verlief außerhalb des Rahmens der Plenarsitzungen.

Im Kremlikpalast gab es eine Zusammenkunft M. S. Gorbatschows und N. I. Ryschows mit Arbeitern und Kolchosbauern — Delegierten des XXVIII. Parteitags.

Während der Zusammenkunft kam es zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, über den Platz und die Rolle der KPdSU in der Gesellschaft, über zwischenstaatliche Beziehungen, über den Stand der öffentlichen Ordnung und Disziplin. M. S. Gorbatschow und N. I. Ryschow beantworteten ausführlich die zahlreichen Fragen der Delegierten des Parteitags.

Gemäß dem Auftrag des Parteitags hat die Redaktionskommission die Arbeit am Entwurf der Resolution über den politischen Bericht des Zentralkomitees der Partei wiederaufgenommen.

## Auf der Suche nach der Wahrheit

Treffen M. S. Gorbatschows und N. I. Ryschows mit Delegierten

Die Arbeiterklasse werde nach wie vor das Rückgrat der KPdSU bilden, erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, der gemeinsam mit dem sowjetischen Regierungschef N. I. Ryschow im Kreml Arbeiter und Kolchosmitglieder, die am XXVIII. Parteitag der KPdSU teilnehmen, zu einem Gespräch empfing.

An das Treffen wurden besondere Erwartungen geknüpft. Im Vorfeld des Parteitags und nun auf dem Forum wurde mehrmals nachdrücklich die Frage gestellt, ob Arbeiterklasse und Bauernschaft im Zuge der Perestrojka in den Hintergrund geschoben worden seien. Man berief sich auf eine sprunghafte Verringerung ihres Anteils unter den Deputierten der Machtorgane aller Ebenen. Selbst unter den Delegierten des jetzigen Parteitags gibt es weniger Arbeiter als je zuvor.

Die Partei sei gegenüber den Arbeitern schuldig, und man werde die Schlußfolgerung ziehen, sagte M. S. Gorbatschow. Die Arbeiter würden zu spüren bekommen, daß sich die KPdSU ihnen wirklich zuwendet.

Zum Verlauf des Treffens sagte der Generalsekretär des ZK

der KPdSU in einem Interview des Zentralen Fernsehens der UdSSR, daß die Hauptschlußfolgerung, die er auf dem Treffen gezogen hat, lautet: Den Arbeitern und Bauern sei das Schicksal der KPdSU teuer. Und sie träten für eine beschleunigte Erneuerung der Partei ein.

Auf dem Treffen sei die Rede auch von der Absicht einiger Bergarbeiterkollektive gewesen, am 11. Juli einen politischen Streik durchzuführen, teilten M. S. Gorbatschow und N. I. Ryschow mit. Der führende Repräsentant der Partei vertritt die Ansicht, daß die Streikidee nicht im Innern der Arbeiterklasse entstanden sei. So mancher wolle, daß sich die Arbeiter erheben, sagte er. M. S. Gorbatschow gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bergarbeiter Vernunft an den Tag legen werden. Es sei nicht eine Zeit von Ultimaten, sondern eine Zeit von praktischer Arbeit, vermerkte er.

In der vergangenen Woche war M. S. Gorbatschow mit Sekretären von Grundorganisations der KPdSU und leitenden Vertretern der Stadtbezirks- und Stadtkomitees der Partei zusammengetroffen. (TASS)

## Souveränität im Rahmen der Föderation

Delegation der KP Kasachstans gab Pressekonferenz in Moskau

„Wir treten für die Souveränität der Republik im Rahmen der Föderation ein“, betonte der I. Sekretär des ZK der KP Kasachstans und Präsident der Kasachischen SSR, N. A. Nasarbajew, am 7. Juli vor Journalisten in Moskau.

Die Haltung der Kasachstan-Kommunisten bestehe darin, „die Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken als eine starke Weltmacht zu bewahren“, betonte er.

Auf das Problem des Parteaufbaus eingehend, sagte er: „Wir sprechen uns für die Einheit der KPdSU, aber auch für die Selbstständigkeit der Kommunistischen Partei der Republik aus, die im Rahmen eines einheitlichen Status, eines einheitlichen Parteibuches und einer einheitlichen Plattform gemeinsam mit der KPdSU ihre Politik und ihre Plattform ausarbeiten und alle Kader- und Strukturfragen lösen könnte.“ Dies solle auch für direkte Beziehungen mit den anderen Kommunistischen Parteien der Republiken und anderer Länder gelten, die auf der marxistisch-leninistischen Plattform stehen.

Auf die Tätigkeit der höchsten Parteiführung eingehend, betonte N. A. Nasarbajew, daß „in all diesen Jahren M. S. Gorbatschow von Leuten umgeben war, die in ihrer Arbeit dem al-

ten administrativen Kommando still treu blieben“. Das sei der größte Mangel der Führung gewesen. Der KP-Chef Kasachstans verwies auf die Notwendigkeit, das Politbüro des ZK völlig zu reorganisieren. Wenn das Politbüro an der Spitze einer multinationalen Partei stehe, sollten darin in den Kommunistischen Parteien aller Republiken vertreten sein, betonte er.

Der KP-Chef Kasachstans kritisierte scharf die sowjetische Regierung und persönlich N. I. Ryschow für Inkonsistenz und unreflektierte Entscheidungen sowie für fehlende strategische Konzeption der Wirtschaftsreformen im Lande. Der Fehler von N. I. Ryschow, der ein hochkompetenter Wirtschaftsfunktionär sei, bestehe darin, daß er „nach wie vor die Treue zu den Ministerien und Ämtern halte und keinen Mut gefunden hat, deren Diktat abzulehnen“, betonte N. A. Nasarbajew.

Zum Schicksal des Atomtestgeländes Semipalatinsk, betonte er, daß die „psychologische Einwirkung der Atomexplosionen auf die Bevölkerung, die keine Kompensation erhält, zu einer großen sozialen Spannung führt“. Die zur Zeit geführten Verhandlungen mit der Regierung zeugten davon, daß die Schließung des Geländes eine „Frage der Zeit“ sei, betonte N. A. Nasarbajew. (TASS)

## Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Am 6. Juli fand eine fällige Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR statt. Entgegengenommen wurde eine Information der ständigen Kommission des Obersten Sowjets der Republik für Nationalitätenpolitik und die Entwicklung der Kultur und Sprache über die Realisierung des Beschlusses des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR bezüglich der Ordnung des Inkrafttretens des Gesetzes der Kasachischen SSR „Über die Sprachen in der Kasachischen SSR“. Die Kommission wurde aufgefordert, die Kontrolle des Verlaufs dieser Arbeit und der Schaffung günstiger Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Gesetzes über die Sprachen durch die Sowjets der Volksdeputierten, Ministerien und andere zentrale Staatsorgane der Republik zu verstärken.

Im Rahmen der Kontrolle prüfte das Präsidium die Information des Komitees für Gesundheits- und sozialen Schutz des Volkes betreffs Realisierung der Beschlüsse der zwölften Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR der vorigen Legislaturperiode über die Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung im Gebiet Kysyl-Orda.

Die Aufmerksamkeit der Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets, der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane der Republik wurde darauf gelenkt, daß der Beschluß des Obersten Sowjets über die Lösung der für die Rayons des Aralgebets lebenswichtigen Fragen trotz der

Maßnahmen, die getroffen werden, unbefriedigend verwirklicht wird. Viele Aufträge der Tagung werden nicht vollständig und mit großer Verzögerung erfüllt. Zu einem besonders großen Rückstand kam es beim Bau von sozialen Einrichtungen, Wasserleitungsnetzen, Entwässerungs- und Wasserreklamationsanlagen. Die bereitgestellten Investitionen für die Errichtung von Krankenhäusern und therapeutisch-prophylaktischen Einrichtungen wurden in den verflissenen vier Jahren nur zu 65 Prozent in Anspruch genommen. Unbefriedigend werden die sozialen Probleme der am wenigsten geschützten Bevölkerungsgruppen — der Kinder, Frauen, betagten und alleinstehenden Bürger — gelöst.

Bestätigt wurden die Bestimmungen bezüglich der Anwendung des Gesetzes der Kasachischen SSR „Über die Absicherung der Tätigkeit der Volksdeputierten der Kasachischen SSR und den Ersatz ihrer mit der Deputiertenfähigkeit zusammenhängenden Ausgaben“ sowie über die Gehaltssekretäre des Volksdeputierten der Kasachischen SSR.

Zur Erörterung kamen auch einige andere Fragen der Arbeit des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, seiner ständigen Kommissionen und Komitees.

In der Sitzung präsidierte der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR S. A. Abdildin. (KasTAG)

## Die Zeit duldet keinen Aufschub

Die Worte „Konsolidierung“, „Einheit“, „Zusammenschluß“ werden so gut wie in jedem Diskussionsbeitrag der Delegierten artikuliert. „Man muß die KPdSU als eine Einheit aufrechterhalten, die gesunden Kräfte der Partei in den wichtigsten Bereichen der Umgestaltung konsolidieren“, erklärte W. I. Potapow, I. Sekretär des Irkutsker Gebietspartei-Komitees. „Ich glaube, daß ein Konsens möglich ist“. Ihm pflichtete S. A. Nijasow, I. Sekretär des ZK der KP Turkmeniens, bei. „In der Einheit der Partei besteht der Unterpfand für die Überwindung der Krise und für die Erlangung eines neuen Niveaus von Demokratie und Humanismus“, erklärte er. Er äußerte die Meinung, daß die Konfrontation zwischen den Positionen in der Form, wie sie jetzt in der Gesellschaft und auf dem Parteitag entstanden ist, „gerade die Kraft ist, die die Perestrojka in der Partei gebremst hat“.

Elnige Diskussionsbeiträge unterbreiteten konkrete Vorschläge hinsichtlich der Konsolidierung, wobei sich allerdings in ihren Ausführungen eine nicht eindeutige Auslegung dieses Begriffs zum Ausdruck gekommen ist.

„Wir haben nicht den gleichen Weg mit denen, die Lenin und die Leninsche Partei beleidigen. Wir werden uns mit denen konsolidieren, die sie respektieren, wobei sie selbst andere Standpunkte vertreten“, erklärte beispielsweise B. A. Kustow, Generaldirektor eines sibirischen Hüttenkombinats. Zugleich rief er zu einer Vereinigung von Anstrengungen M. S. Gorbatschows und B. N. Jelzins auf, die er als „offensichtliche Führer“ im Lande bezeichnete.

Nach Ansicht B. A. Kustows, könnte ihr gemeinsames Wirken „der Stabilisierung der politischen Situation im Lande, der Festigung des Vertrauens zur KPdSU“ dienen und die Möglichkeiten, verschiedene

Strömungen in der Partei zusammenzuschließen.

Aus dem allgemeinen Ton der Äußerungen fiel gewissermaßen der Diskussionsbeitrag des I. Sekretärs des ZK des Leninschen Komsomol, W. M. Sjukin, aus, der meinte, daß die endlosen Aufrufe zur Konsolidierung vor dem Hintergrund der Verstärkung „konservativ-dogmatischer Tendenzen, der Versuche, eine „Hexenjagd“ zu organisieren und einer harten Kritik des reformatorischen Teils der politischen Führung“ als naiv einzuschätzen sind. „Ist es nicht etwa utopisch, darauf zu hoffen, daß die „Linken“ einen Schritt nach rechts und die „Rechten“ einen Schritt nach links tun?“ erklärte der Redner. Die KPdSU „muß auf diesem Parteitag drei Schritte nach vorne tun. Widrigfalls könnte die Perestrojka schon ohne Partei weitergehen“.

Auf eine „dramatische Lage im Lande und in der Partei“ verwies der I. Sekretär des ZK der KP Armeniens, W. M. Mowsissjan. „Die reale Erneuerung der Gesellschaft kann die Zunahme der sozialen Erwartungen nicht einholen, als Ergebnis büßt die Idee der sozialistischen Option ihre Anziehungskraft ein“, betonte er. Große Aufmerksamkeit schenkte der Führer der armenischen Kommunisten auch dem Nationalitätenproblem im Lande und dem Problem von Nagorno Karabach.

Auf der Vormittagsitzung unterbreiteten Vertreter von zwei Berufsgruppen auf dem Parteitag — der Eisenbahner und der Hüttenarbeiter — Appelle an die Bergleute des Landes, die für den 11. Juli einen Warnstreik planen. „Vernunft und Ausdauer an den Tag zu legen“ und die Kohleförderung nicht einzustellen.

Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU ist die Parteiführung des Landes erneut einer scharfen Kritik unterzogen worden. So beschuldigte der Schriftsteller J. N.

Maximow aus Smolensk die führenden Mitglieder der Partei einer Zersetzung der Kultur Rußlands. Der Führer der KP Lettlands (KPdSU), A. P. Rubiks, führte die komplizierten Prozesse in den baltischen Republiken auf „die Untätigkeit“ des ZK und dessen Sekretäre Medwedew und Jakowlew zurück. Nach seinen Worten wurden die Absichten der Separatisten rechtzeitig bemerkt. Tausende von Kommunisten informierten darüber in ihren Briefen und schlugen vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Eine Reaktion blieb jedoch aus. „Im Politbüro wurde offensichtlich den Vorgängen in der Republik keine Bedeutung beigegeben. Im Ergebnis dessen wurde die sowjetische Staatsordnung in Lettland allmählich durch eine andere, bürgerliche nach der Verfassung Lettlands von 1922 abgelöst“, betonte A. P. Rubiks.

Der Beitrag von Rubiks löste starken Beifall aus. Der Literat D. N. Kugultinow aus der Autonomen Republik Kalmückien, der anschließend das Wort ergriff, warnte jedoch davon, den Parteien Beifall zu spenden, die die Macht verspielt haben. In seiner Polemik gegen diejenigen, die M. S. Gorbatschow wegen der schwierigen Lage im Lande und in der Partei kritisieren, betonte er: „Ein Arzt darf nicht beschuldigt werden, weil er die Diagnose gestellt hat“.

Der gleichen Meinung war der Erste Sekretär der KP der Moldau, P. K. Lutschinski. Er wertete die Entwicklung im Lande als rechtmäßig. Nach seinen Worten ist die gegenwärtige Situation „in beträchtlichem Maße Ergebnis des Übergangs von administrativen Kommandosystem zu humanen Sozialismus. Früher oder später wären wir dazu gekommen. Wir hätten weder Marktverhältnisse noch ein Mehrparteiensystem noch eine grundlegende Umgestaltung der Föderation vermeiden können. Doch je später wir dazu gekommen wären, desto

schmerzhafter und dramatischer wäre diese Zeitperiode für uns gewesen“, sagte der Redner.

Der Vorsitzende des Verbandes der Theaterschaffenden der UdSSR, M. A. Uljanow, hat den Kritikern M. S. Gorbatschows die Abfuhr erteilt. „Kaum hatte unser Volk begonnen, sich aufzu-richten, als die Stimmen laut wurden: Gorbatschow habe die Zügel aus der Hand gegeben. Im Land herrsche Chaos und Anarchie, die sozialistischen Ideale würden zerstört“, sagte der bekannte Schauspieler. „Doch dahinter steckt der Gedanke: Es wäre gut, zur eisernen Hand, zu den strengen Reihern und zur Eintrichtigkeit zurückzukehren“. Gorbatschow werde nicht wegen Fehler kritisiert, sondern deswegen, weil er die Rückkehr zur starken Hand verhindert. Als hinterhältig bezeichnete M. A. Uljanow den Vorschlag, daß M. S. Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs niederlegt und nur das des Präsidenten beibehält. „Nach der Absetzung des Vaters der Perestrojka kann man sich den seine Nachfolger und Anhänger vorknöpfen“, unterstrich er.

Zu verstehen war auch die Stimme der Kommunisten Mittelasiens. Jahrzehntlang seien die Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken in den unitarischen Staat eingefügt und selbstständig nur formal gewesen und hätten gedankenlos die Weisungen des Zentrums erfüllt, erklärte der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Tadschikistans, K. Machkamow. Die Kommunistischen Parteien der Republiken müßten selbst die Ziele ihrer Tätigkeit, ausgehend von den Interessen der Völker, bestimmen.

Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Kirgisiens, A. M. Massalijew, der solche Erörterungen der Perestrojka wie „freies Denken und erweiterter Selbstständigkeit der Republiken“ hervorhob, erklärte zu gleich, daß sich die „KPdSU in

einer kritischen Lage“ befindet.

„Mit unserer Duldung werden die KPdSU und die Geschichte des Landes bespuckt, auf Lenin wird ein Schatten geworfen, und das wird uns als Perestrojka-Prozesse präsentiert“, sagte der Redner. Er warf der KPdSU-Führung vor, daß sie zu viele Sitzungen und Parteitage durchführte und diese nicht durch organisatorische und politische Handlungen untermaure.

Am Freitagvormittag sprach B. N. Jelzin, Mitglied des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Parlaments Rußlands. Die konservativen Kräfte, die in der Anfangsphase der Perestrojka Verteidigungsstellungen bezogen hatten, sind jetzt zum Angriff übergegangen. Das hat der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, B. N. Jelzin, erklärt. Er führte aus: „Die letzten Jahre haben gezeigt, daß es nicht gelungen ist, die Aktivitäten der konservativen Kräfte in der Partei zu neutralisieren. Im Gegenteil, es wurde allzu viel davon geredet, wir säßen im gleichen Boot, wir befänden uns auf der gleichen Seite der Barrikade, wir stünden geschlossen in gleicher Reihe und im gleichen Glied und wir dächten in gleicher Weise“.

Diese Haltung hat nach Auffassung des Redners „ein Regime der Sicherheit“ für die konservativen Kräfte erzeugt und sie in ihrer Überzeugung bekräftigt, daß es möglich sei, „Revanche zu nehmen“. Das habe denn auch der konstituierende Parteitag der Russischen Föderation demonstriert.

Nach Auffassung von B. N. Jelzin kann der XXVIII. Parteitag der KPdSU das Schicksal der Perestrojka nicht entscheiden. Er entscheide vielmehr das Schicksal der Partei selbst. „Um präziser zu sein: Hier wird lediglich über das Schicksal des Apparats der Parteilspitze entschieden“.

(Schluß S. 2)

# XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

# Die Zeit duldet keinen Aufschub

(Schluß)

„Utopisch sind die Illusionen derjenigen, die glauben, daß nach dem Austritt aller Andersgesinnten, alle, die keine Antriebsriemen und Schraubchen des Parteiapparats sein wollen, ihnen das Vermögen der Partei und die damit verbundene Macht verbleiben. In diesem Fall, zu dem übrigens die Konservativen anhalten, beginnt der Kampf des ganzen Volkes für vollständige Nationalisierung des Vermögens der KPdSU als einer bankrotten Partei, die wenigstens mit ihrem Vermögen ihre Schulden gegenüber dem Volk begleicht.“

B. N. Jelzin sagte warnend, daß „der Kampf dafür beginnen könnte, daß die Repräsentanten der Parteiführung auf allen Ebenen für den Schaden vor Gericht gebracht werden, den sie persönlich dem Land und dem Volk zugefügt haben.“

B. N. Jelzin legte in Kürze sein Programm für die Herausführung der Partei aus der Krise dar. Zur Modernisierung der Partei sei es erforderlich, die in der KPdSU bestehenden Plattformen organisatorisch zu verankern und jedem Kommunisten ausreichend Zeit zu lassen, damit er eine entsprechende politische Entscheidung treffe. Er schlug vor, die KPdSU in Partei des demokratischen Sozialismus umzubenennen.

Der Redner ist der Auffassung, daß es verfrüht sei, auf dem Parteitag eine Programmklärung und ein Statut anzunehmen, sondern man müsse sich vielmehr auf eine allgemeine Deklaration über die Umgestaltung der Partei beschränken, eine neue Führung wählen, die bereit wäre, innerhalb einer Frist von sechs bis zwölf Monaten einen neuen Parteitag vorzubereiten.

B. N. Jelzin unterstützte die Idee der Entfernung der Grundorganisationen der Partei aus der Armee, aus dem System der Staatssicherheitsorgane und den staatlichen Institutionen. „Also, entweder die Variante einer Partei des Apparats, dann wird die Spaltung und das Verlassen der Partei durch die realen politischen Kräfte des Landes unvermeidlich. Oder eine erneuerte Partei mit Übergang zum Bündnis der demokratischen Kräfte und mit der Perspektive, die Rolle eines aktiven Teilnehmers der Perestrojka zu behalten.“

Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU haben Vertreter von drei politischen Plattformen das Wort ergriffen, die Alternativprojekte zur Plattform des ZK der KPdSU vorstellten. Es handelt sich um die „Demokratische Plattform“, die für eine Abkehr vom Kommunismus als einem programmatischen Ziel plädiert, die „Marxistische Plattform“, deren Anhänger sich für eine umfassende Demokratisierung der Partei auf der Grundlage der Treue zum Marxismus einsetzen, und die Plattform des sogenannten Initiativparteitages der russischen Kommunisten, auf dem die für die KPdSU üblichen Ansichten hinsichtlich der Partei und deren Rolle in der Gesellschaft geäußert wurden.

A. W. Busgalin, Dozent der Moskauer Universität, der die „Marxistische Plattform“ vertrat, erklärte: „Wir haben nicht die Absicht, die KPdSU zu spalten, unsere Aufgabe besteht darin, den Kommunisten zu beweisen, daß nur eine Demokratisierung der Partei und des Landes unser Vorankommen auf dem Weg der sozialistischen Option und der kommunistischen Perspektive garantieren kann.“

Er legte die Position der Anhänger der „Marxistischen Plattform“ zum Weg aus der Wirtschaftskrise dar und erklärte unter anderem, daß man „zur Wiederherstellung des gesellschaftlichen Eigentums“ gehen muß, „damit dieses im wirtschaftlichen Aspekt bewirkt, daß es effektiver ist, als das Privateigentum“. Zur Erhöhung des Ansehens der Partei müsse man eine reale Selbständigkeit der Grundparteiorganisation gewährleisten. Er sprach sich außerdem für eine reale Gleichheit der Plattformen in der KPdSU aus.

W. N. Schostakowski, Rektor der Moskauer Parteihochschule und Vertreter der „Demokratischen Plattform“, setzte dieses Thema fort und erklärte, daß eine Konsolidierung nur mit den Kräften der Umgestaltung und nicht mit der „neostalinistischen Partei oder einer Partei des Apparats“ möglich ist, „die die Interessen der führenden Schichten der Gesellschaft vertritt“.

Nach Ansicht des Redners „soll das nächste Ziel“ der KPdSU „in der Schaffung einer staatsbewußten Gesellschaft bestehen, in der dem Menschen eine freie Wahl der Formen seiner sozialen, politischen und ökonomischen Existenz garantiert wird, in der die allgemeine Deklaration der Menschenrechte real durchgesetzt wird, in der es kein Monopol einer Ideologie geben wird.“

Doktor der Wirtschaftswissenschaften A. A. Sergejew, der das Organisationsbüro des Leningrader Initiativparteitages der Kommunisten Rußlands vertritt, wandte sich an die Delegierten mit folgenden Worten: „Genossen Kommunisten, legale Marxisten sowie Sozialisten, Linke und rechte Sozialdemokraten und andere Mitglieder unserer Partei!“ Damit äußerte er offensichtlich seine Meinung hinsichtlich der heterogenen politischen

Zusammensetzung der Delegierten des Forums.

Trotz dieser Feststellung vertrat A. A. Sergejew die Auffassung, daß eine „organisatorische und ideologische Einheit der Kommunisten der UdSSR nicht nur notwendig und möglich, sondern auch unvermeidlich ist“. Für diejenigen, „die die Positionen des Schutzes der Ecksteine der These des Marxismus-Leninismus vertreten, kann es keinen Grund für eine Spaltung der KPdSU geben“, erklärte der Redner. Er sprach sich für einen Zusammenschluß mit den Anhängern der „Marxistischen Plattform“ aus und betonte, daß in der Partei dadurch „mehr Einheit herrschen wird“.

Besondere Aufmerksamkeit widmete A. A. Sergejew den Wirtschaftsproblemen, der Kritik des Regierungsprogramms des Übergangs zum Markt und besonders der Aufrufe einiger Wirtschaftsexperten, Privateigentum einzuführen, weil nach seinen Worten heute nur Geschäftsmacher aus der Schattenwirtschaft darin investieren können. „Das einzig wissenschaftliche Herangehen an die Erarbeitung des sozialökonomischen Kurses besteht darin, sich auf den Prozeß der materiellen Vergesellschaftlichung der Produktion zu stützen, der sich in der ganzen Weltwirtschaft objektiv entfaltet“, unterstrich er.

Die Diskussion auf dem Parteitag geht weiter.

△ Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU sind am Sonnabend Kurzberichte über die Arbeit der sieben thematischen Sektionen entgegengenommen worden.

Besondere Interesse fand die Arbeit der Sektion „Erneuerung der Partei“, an der etwa 1 200 Delegierte teilgenommen hatten. Wie der Sekretär des Parteikomitees der Moskauer Universität I. I. Melnikow informierte, stand „die These über die Macht der Parteimassen“ im Mittelpunkt der Diskussion. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, bei besonders wichtigen Fragen Referenzen innerhalb der gesamten Partei durchzuführen.

Die Mitglieder der Sektion sprachen sich dafür aus, die Funktion des Generalsekretärs des ZK der KPdSU wie auch das Politbüro und das Zentralkomitee in der Struktur der leitenden Organe der Partei zu erhalten.

Als eine „heftige Diskussion, die im Geiste der Konstruktivität geführt wurde“, bezeichnete der Sekretär des ZK der KPdSU I. T. Frolow, Chefredakteur der Zeitung „Prawda“, die Debatten in der Sektion „Ideologische Arbeit“. Trotz der Kritik an der Parteiführung wegen des Zurückbleibens in der ideologischen Arbeit wurde in der Sektion betont, daß „seit Beginn der Umgestaltung das Wichtigste zustande kam: Im Bewußtsein der Menschen hat sich eine echte Revolution vollzogen und es gestalten sich die Ideologie der Erneuerung und die Konzeption der Umgestaltung, obwohl dieser Prozeß einer Vertiefung und einer Beschleunigung bedarf“. Wie I. T. Frolow weiter ausführte, haben die Delegierten vorgeschlagen, in nächster Zeit ein Plenum des ZK über Ideologie durchzuführen, eine theoretische Diskussion in der Partei einzuleiten und die Arbeit an einem neuen KPdSU-Programm zu beginnen, um dessen Entwurf schon 1991 fertigstellen zu können.

Etwas 900 Delegierte des Parteitag waren an den Beratungen der Sektion „Sozialökonomische Politik“ beteiligt. Wie der Erste Sekretär des ZK der KP der Ukraine, S. I. Gurenko, betonte, hat die Diskussion die tiefe Besorgnis und Beunruhigung reflektiert, die es heute in der Gesellschaft gibt.

Der ukrainische KP-Chef ging auf das Regierungsprogramm des Übergangs zum Markt ein. Die Diskussionsteilnehmer traten nach seinen Worten dafür ein, daß ein wirksamer Mechanismus des sozialen Schutzes des Menschen geschaffen wird. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, die Kommunisten, die der Regierung und den Gesetzgebungsorganen angehören, zu beauftragen, in kürzester Frist ein klares und für alle verständliches Programm zur Verwirklichung der Wirtschaftsreform aufzustellen.

Der Vorsitzende des Bauernverbandes der UdSSR, W. A. Starodubzew, informierte den Parteitag über die Ergebnisse der Beratungen der Sektion „Agrarpolitik“. Er betonte, daß die Teilnahme M. S. Gorbatschows und N. I. Ryschkows an der Arbeit der Sektion ein Beweis für die Wichtigkeit dieses Bereiches war. „Bei der Analyse der Ursachen für die Krisensituation in der landwirtschaftlichen Produktion hoben die Diskussionsredner hervor, daß die alten und tiefen Wurzeln dieser Situation in den Deformationen der Kollektivierung der Landwirtschaft liegen“, sagte W. A. Starodubzew.

Auf die Probleme des Agrarsektors eingehend, betonte der Vorsitzende des Bauernverbandes, daß alle Formen der Wirtschaftsführung gleichberechtigt sein müssen. W. A. Starodubzew verwies darauf, daß noch viele soziale Probleme des Dorfes ungelöst sind, und sprach sich dafür aus, die konstruktiven Kräfte zu vereinen, um die Gesellschaft aus der geistigen Krise herauszuführen und die materiellen Mängel zu beseitigen.

Der KPdSU ist die Idee fremd, ihren Einfluß den Machtbefugnissen der Sowjets entgegenzustellen. Zu diesem Schluß gelangten die Mitglieder der Sektion „Die Partei, die Sowjets und die gesellschaftspolitische Organisation und Bewegungen“. Der Abteilungsleiter des ZK der KPdSU V. A. Kupzow, der im Namen der Sektion sprach, betonte: Unter den gegenwärtigen Bedingungen haben die Sowjets und die Partei nichts zu teilen, sondern sie besitzen gewaltige Möglichkeiten für die Zusammenarbeit. Den Kommunisten steht bevor, sich die schwierige Kunst der Teilnahme an den Wahlen und an der Arbeit der Parlamentsstrukturen zu eigen zu machen sowie Lehren aus bitteren Niederlagen zu ziehen, fügte er hinzu.

Über die Frage der Verbindung der Funktion des 1. Sekretärs eines Parteikomitees mit den Pflichten des Vorsitzenden eines Sowjets auf verschiedenen Ebenen wurde keine Einigung erzielt, sagte der Redner weiter. Die Mitglieder der Sektion unterstützten die im Entwurf des neuen Parteistatus festgelegte Norm für Kommunistengruppen und -fraktionen, die unter Leitung entsprechender Parteikomitees tätig sind, innerhalb der Sowjets.

Die Partei muß die nationalen Interessen aller Völker der UdSSR vertreten, die in der Vergangenheit wurzelnden Deformationen der Nationalitätenpolitik überwinden und dies durch praktische Handlungen bekräftigen. Diese Auffassung äußerte der Sekretär des ZK der KPdSU A. N. Girenko im Namen der Sektion „Die Nationalitätenpolitik der Partei“. Während der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß in vielen Regionen des Landes „ein unerklärter Bürgerkrieg geführt wird und es Tausende von Toten und Verletzten gibt. In einer friedlichen Zeit hat die Zahl der Flüchtlinge eine halbe Million überschritten“. Die Redner kritisierten scharf das ZK der KPdSU und die Unionsorgane „wegen der Inkonsistenz und der Zauderei bei der Erfüllung eigener Entscheidungen und wegen der Kluft zwischen Wort und Tat“.

Im Ergebnis einer scharfen Diskussion über die These, daß die Menschenrechte gegenüber den Rechten der Nationen, Priorität hätten, wurde folgende Feststellung getroffen: „Die KPdSU, die den Wert der nationalen Formen des gesellschaftlichen Lebens anerkennt und die Rechte der Nationen schützt, rückt zugleich die Menschenrechte an die erste Stelle“, betonte A. N. Girenko.

Aktuelle Fragen der Außenpolitik von Partei und Staat, bedeutsame Ereignisse in der Vergangenheit des Landes und Prognosen für die Zukunft waren Gegenstand eines Meinungsaustausches, der in der Sektion „Die internationale Tätigkeit der KPdSU“ stattfand. Über ihre Arbeit berichtete der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, W. M. Falin.

Unter Hinweis darauf, daß die Teilnehmer der Diskussion die Wichtigkeit des Generalkurses der Partei im außenpolitischen Bereich nicht bezweifelten, betonte der Redner zugleich, daß „nicht wenig kritische Bemerkungen hinsichtlich der Taktik des außenpolitischen Kurses der Partei ausgesprochen wurden“.

Nach Falins Worten verwies der Redner auf die Wichtig-

keit des neuen Herangehens der UdSSR an die internationalen Angelegenheiten und auf die Notwendigkeit, den außenpolitischen Kurs des Landes von Dogmen zu befreien. Die Schwerpunkte der Diskussion waren der Zusammenhang zwischen der Innen- und der Außenpolitik in der gegenwärtigen Etappe, Probleme der Sicherheit, die Lage in Osteuropa und die deutsche Frage.

Die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU, die Anfang der Woche Rechenschaft vor dem Parteitag abgelegt hatten, beantworteten am 7. Juli Fragen der Delegierten. Als erster betrat der sowjetische Regierungschef N. I. Ryschkow die Rednertribüne. Obwohl die Politbüromitglieder nach der Geschäftsordnung des Parteitag nur auf schriftlich vorab eingereichte Fragen antworten müssen, schlug N. I. Ryschkow nach kurzen einführenden Worten vor, mündlich Fragen zu stellen.

Zu den von M. S. Gorbatschow im politischen Bericht gemachten Ausführungen, daß es Absurd sei, den Übergang zur Marktwirtschaft mit Preiserhöhungen zu beginnen, teilte N. I. Ryschkow mit, daß er über diese Frage mit M. S. Gorbatschow gesprochen habe. Er denke, daß es „hier eine gewisse Unexaktheit“ gibt. „Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß es Absurd wäre, den Übergang zum Markt allein mit der Erhöhung der Preise zu beginnen“, unterstrich Ryschkow. Er betonte, daß das Programm für den Übergang zum Markt einen komplexen Charakter tragen und nicht allein auf Preiserhöhungen hinauslaufen müsse.

Der sowjetische Regierungschef teilte im einzelnen mit, daß angesichts des ernsthaften Treibstoffmangels, der rechtzeitige Einbringung der Ernte behindert, beschlossen wurde, sieben Millionen Tonnen Erdöl aus dem Export, darunter in die sozialistischen Länder, herauszunehmen. „Das wird gestatten, den Bedarf der Landwirtschaft zu sichern“, betonte N. I. Ryschkow.

Gefragt wurde nach der Zweckmäßigkeit eines Referendums unter der litauischen Bevölkerung über das Vertrauen zu ihrer Führung. N. I. Ryschkow erklärte dazu, falls die Führer Litauens bei den bevorstehenden Verhandlungen darauf beharren sollten, aus der Sowjetunion auszutreten, so müsse das in strikter Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Ordnung des Austritts einer Republik aus der UdSSR von seinem ersten bis zu seinem letzten Buchstaben erfolgen, und vorgesehen sei die Durchführung eines Referendums. „Doch ich glaube, daß sich die Einwohner Litauens wohl kaum für den Austritt aus der UdSSR aussprechen werden. In unserer neuen Konzeption für die Errichtung eines föderativen Staates gibt es viele Möglichkeiten, um für diese Republik einen besonderen Status zu finden“, sagte N. I. Ryschkow.

W. A. Medwedew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hat vor den Delegierten des XXVIII. Parteitag zu Fragen der Ideologie der Partei gesprochen. Er teilte mit, daß insgesamt mehr als 750 Fragen an ihn gerichtet wurden. Viele Delegierte äußerten die Meinung, daß „die Ideologie in der Partei völlig vernichtet wurde“ und fragten danach, „was zum Zerfall der ideologischen Arbeit in der Partei“ geführt hat.

Nach W. A. Medwedews Meinung kann man durch eine solche Einschätzung der ideologischen Arbeit in eine schiefe Lage geraten. In der Vergangenheit, „als Heuchelei und Lüge, Stagnation im Denken und Dogmatismus in der Ideologie herrschten, eine Kluft zwischen Worten und Taten und eine unverschämte Einschränkung der Offenheit bestand, erlebte die Ideologie „ihre Blütezeit“. Und jetzt, da wir uns von all dem befreien und den Weg zur Erneuerung betreten, ist die Ideologie zerfallen“, fragte der Redner.

Das Mitglied des Politbüros äußerte Zweifel an der Behauptung einer Reihe von Delegierten, daß ein Mensch inmitten sei, die Ideologie zum Zerfall zu bringen. Zugleich gab er zu, daß in diesem Bereich erstzunehmende Fehler begangen wurden. W. A. Medwedew wies die Auffassung, die KPdSU habe keine Ideologie der Umgestaltung, als „Stereotype des gesellschaftlichen Bewußtseins“, zurück. „Obgleich die ideologische Front keinesfalls der Verantwortung entzogen werden darf, glaube ich, daß die Ideologie und die Theorie der Umgestaltung, unsere Vorstellungen von einem humanen und demokratischen Sozialismus nur im Herd der praktischen, von revolutionären Umgestaltungen geprägten Tätigkeit geschmelzt werden und nur Ergebnis kollektiver Anstrengungen sein können“, betonte W. A. Medwedew.

Viele Fragen galten der Rolle der Massenmedien. Der Sinn der meisten Bemerkungen lief nach den Worten Medwedews darauf hinaus, die Massenmedien „einzuschränken“. „Die Bedingungen für die Arbeit der sowjetischen Presse verändern sich von Grund auf. Und die Leitungsmethoden müssen anders werden“, betonte er. Nach seiner Meinung müssen diese Methoden das Gesetz und natürlich auch das Partei- und das staatsbürgerliche Gewissen des Journalisten zur Grundlage haben.

W. A. Medwedew sagte ferner, daß er während seiner Tätigkeit im Politbüro seit langem an einen Rücktritt gedacht hat. Von diesem Schritt hat ihn „das Gefühl der Verantwortung für das, was vor sich geht, für die Stabilität der politischen Führung des Landes“ abgehalten. „Jetzt, da der Parteitag einen neuen Abschnitt — einen sehr komplizierten und schwierigen — in unserer Entwicklung einleitet, verzichte ich nicht auf die Arbeit. Doch bin der Meinung, daß es selbstverständlich auch jüngere, energischere und wohl auch aktivere Menschen geben muß“, sagte W. A. Medwedew.

A. N. Jakowlew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hat seinen Rücktritt als Mitglied der politischen Führung der Partei angekündigt.

A. N. Jakowlew beantwortete zahlreiche Fragen von Delegierten des XXVIII. Parteitag der KPdSU, wobei die Atmosphäre im Sitzungssaal ziemlich gespannt war. Einer der Delegierten behauptete, seine Kollegen ließen sich vom „Redner Alexander Jakowlew beeinflussen“ und hätten seinen Rechenschaftsbericht am zweiten Arbeitstag des Parteikongresses „zu herzlich aufgenommen“.

Der Sekretär des ZK der KPdSU räumte ein, daß die meisten an ihn gerichteten Fra-

gen kritischen Charakters sind. Delegierte, die am Vortag abgelehnt hatten, die persönliche Verantwortung solcher „Schöpfer der Stagnation“ wie Grischin, Kunajew und Alljew zu erörtern, beschuldigten einen der Architekten der Perestrojka der „Duldung des Separatismus im Baltikum“, des „Zerfalls des RGW und des Warschauer Vertrages“, des „Verlustes von Osteuropa“ und sogar der „Heuchelei und Unehrlichkeit“.

Der Redner erinnerte an seine Äußerungen gegen den Separatismus und Nationalismus, die er während seiner Besuche in den baltischen Republiken gemacht hatte. Für die Normalisierung der Lage in dieser Region seien „Zurückhaltung und Verantwortungsgefühl aller Seiten und ein politischer Dialog sowie möglichst schnelle Fortschritte der Perestrojka und ein neuer Unionsvertrag erforderlich“. „Die jüngsten Aktionen in Moskau und Vilnius sind Schritte in der richtigen Richtung“, betonte A. N. Jakowlew.

Er zeigte sich mit dem Vorschlag einverstanden, eine Kommission zur Untersuchung seiner Tätigkeit während seiner Besuche in Baltikum zu bilden, die die Frage seiner Verantwortung klären soll. Zugleich betonte er, daß die Verantwortung von beiden Seiten getragen werden müsse. Falls die Kommission kein belastendes Material findet, sollten die Initiatoren dieser gegen ihn gerichteten Kampagne bestraft werden.

„Wenn sich die Völker der kommunistischen Parteien abwenden, bedeutet dies, daß die Politik dieser Parteien von den Völkern nicht als ihre eigene empfunden wird“, betonte A. N. Jakowlew, auf die sich in Osteuropa vollziehenden Prozesse eingehend. Dabei handele es sich nicht ausschließlich um Aktionen antisozialistischer Kräfte. Man könne nicht durch einen ZK-Beschluß die Tatsache als ungültig erklären, daß die Industrieproduktion in Südkorea zehnmal so hoch als in Nordkorea und das Lebensniveau in Westdeutschland viel höher als in Ostdeutschland ist.“

Zur Vereinigung Deutschlands sagte der Redner, daß die „Frage vom Leben selbst gestellt wurde“. Der Sekretär des ZK der KPdSU äußerte die Zuversicht darin, daß „eine friedliche Periode im Leben der Menschheit eingeleitet und der Bau einer Zivilisation neuen Typs, einer Zivilisation ohne Kriege und Waffen, in Angriff genommen wurde“.

Gerüchte von „Verschwörungen der Konservativen“, die sich nach der „eisernen Faust“ sehnten, werden von national-separatistischen Kräften verbreitet, erklärte J. K. Ligatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU vor den Delegierten des XXVIII. Parteitag der KPdSU. Nach seinen Worten wollen diese Kräfte die Aufmerksamkeit von ihrer destruktiven Arbeit ablenken, indem „sie die Parteiorganisationen spalten, die sowjetische Föderation zerstören und die bürgerliche Ordnung in einzelnen Republiken restaurieren“.

J. K. Ligatschow sprach sich für die „Stärkung der bewußten Disziplin in der Arbeit und im Alltag“ aus und betonte, daß man dabei „unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Bedingungen Erfahrungen von 1983 anwenden könnte“.

In Verantwortung einer Frage aus dem Sitzungssaal betonte Ligatschow, daß er sich „in den ersten drei Jahren der Perestrojka gefühle, als die Sache viel besser ginge... und das politische Ansehen der Partei wuchs“. „Jetzt bin ich besorgt“, sagte Ligatschow ferner. „Den Agrarsektor habe ich übernommen, weil dies ein äußerst schwieriger Arbeitsbereich ist, obwohl ich das nicht freiwillig getan habe“, sagte der Sekretär des ZK der KPdSU.

Auf seine Haltung gegenüber der regulierten Marktwirtschaft eingehend, betonte J. K. Ligatschow, daß das Privateigentum die sowjetische Gesellschaft in politischer und sozialer Hinsicht zurückwerfen werde. Diejenigen, die so Ligatschow ferner, „das Land zum freien Markt antreiben“ müßten die ersten sowjetischen Arbeitslosen werden.

Zur Organisationsstruktur der Partei sagte J. K. Ligatschow, daß er sich für den demokratischen Zentralismus, für mehr Achtung gegenüber der Persönlichkeit eines Kommunisten, für möglichst umfassende Rechte von Grundorganisationen, aber gegen die Entpolitisierung der Armees, des KGB und der Rechtsschutzorgane, also gegen das „trojanische Pferd“, einsetze. Ligatschow sprach sich für einen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen aus, die nicht auf die Zerstörung, sondern auf die Stärkung des Sozialismus hinarbeiten.

Auf die Vereinigung Deutschlands eingehend, sagte J. K. Ligatschow, das dies „keine Vereinigung, sondern im besten Falle ein Anschluß“ sei. Eigentlich verschlinge die Bundesrepublik die DDR, sagte er. „Ich bin tief davon überzeugt, daß diese Fragen in unserer Gesellschaft sowie in den staatlichen, gesellschaftlichen und Parteiorganisationen erörtert werden müßten. Laßt das Volk seine Meinung dazu äußern“, sagte J. K. Ligatschow.

Alle Entscheidungen, die Probleme Osteuropas betreffen, wurden auf der höchsten Ebene der politischen Führung getroffen, betonte UdSSR-Außenminister E. A. Schewardnadse vor den Delegierten des XXVIII. Parteitag der KPdSU.

Zur Vereinigung Deutschlands betonte E. A. Schewardnadse, die UdSSR steuere den Kurs auf eine solche Vereinbarung im Rahmen der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen, die sowohl den Sicherheitsinteressen der UdSSR als auch der Stabilität in ganz Europa Rechnung trage. Der Minister lehnte kategorisch Andeutungen ab, wonach in deutscher Frage „gefesselt werde“. Das Volk der DDR entscheide selbst über sein Schicksal, betonte E. A. Schewardnadse.

Als „große und komplizierte Frage“ bezeichnete der Minister die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern. Nach seiner Auffassung sei in den vergangenen Jahren „nicht das System des Sozialismus zerfallen, sondern ein System verfälschter Vorstellungen über den Sozialismus“. „Die sozialistischen Länder gab es und gibt es weiterhin in der Welt. Sie werden sich weiterentwickeln, ich zweifle nicht daran“, betonte E. A. Schewardnadse.

Auf eine Frage, wer trage die Verantwortung für den Zerfall des Warschauer Vertrages und der sozialistischen Gemeinschaft insgesamt, sagte E. A. Schewardnadse: „Ein Block, der mit Gewalt zusammengehalten werden muß, konnte und kann nicht eine zuverlässige Stütze in einer ernstlichen Angelegenheit sein“. Es wäre für die Sicherheit der UdSSR besser, „dem gemeinsame Interessen zugrunde liegen“, betonte der Minister.

Auf die Frage, ob das UdSSR Außenministerium gegenüber den Kommunisten in den osteuropäischen Ländern gleichgültig sei, sagte E. A. Schewardnadse: „Wenn es dabei zu Repressalien kommen wird, kann die Diplomatie — und sie wird das auch tun — die Frage des Verhaltens gegenüber den Kommunisten in allen Ländern prinzipiell im Kontext der Menschenrechte und im Rahmen von Verpflichtungen stellen, die die Staaten nach dem Schlußab von Helsinki, den Wiener Vereinbarungen und der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration übernommen haben. Das ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht. Wir werden die Entwicklung verfolgen und die erforderlichen Maßnahmen treffen.“

Als „seriös“ bezeichnete der sowjetische Außenminister die Beschlüsse des am Vortag in London zu Ende gegangenen NATO-Gipfels. Sie zeugten davon, die NATO den Weg der Transformation zu beschreiben beginne und den Akzent auf militärische Seite der Sache mindere. „Die Haltungen der NATO und der UdSSR bezüglich der Instaurierung des gesamteuropäischen Prozesses und der Schaffung der Sicherheitsstrukturen stimmt in den wichtigsten Punkten in vielerlei Hinsicht überein“. Führte der Minister weiter aus. Es handele sich also um ernste Gegenstände und von bedeutenden Maßnahmen, die eine neue militärpolitische Situation in Europa und neue Beziehungen zwischen den Bündnissen herbeiführen.

Die UdSSR betrachte die Londoner Deklaration als eine sehr ernste und wichtige Aktion, betonte E. A. Schewardnadse. Dadurch werde die Möglichkeit geboten, „bei der Stärkung der Stabilität und des Vertrauens in Europa und in der Welt weit voranzukommen“.

Zu den Behauptungen einiger Delegierten, die Idee des gemeinsamen Hauses Europa sei „ein Mythos und eine Illusion“, sagte der Minister: „So zu denken heißt, die Realität zu ignorieren und die Augen vor den realen Fakten, vor den sich bereits vollziehenden Prozessen beim Bau dieses gemeinsamen Hauses und der gesamteuropäischen Räume zu verschließen“.

Nachdem E. A. Schewardnadse die ihm gestellten Fragen beantwortet hatte, beschlossen die Delegierten auf Vorschlag M. S. Gorbatschows, die Anhörungen des ZK der KPdSU und des Politbüros allgemein einzuschätzen.

Nach der Rechenschaftslegung der politischen Führung der KPdSU sind die Delegierten des XXVIII. Parteitag der KPdSU auf Vorschlag M. S. Gorbatschows zur Erörterung eines Resolutionsentwurfs zum politischen Rechenschaftsbericht des ZK der Partei übergegangen.

Die redaktionelle Kommission sei nach den Worten ihres Vorsitzenden, W. Iwaschko, in eine komplizierte Lage geraten, da einige Delegierte die Tätigkeit des ZK eindeutig mit „befriedigend“ oder „unbefriedigend“ einschätzen wollten. Dies würde aber entweder die Ablehnung des Kurses auf die Perestrojka oder das Vertuschen von Problemen, Mängeln und Fehlentscheidungen bedeuten, betonte der Redner.

Wladimir Iwaschko verlas eine „Kompromißfassung“ des Dokuments, die nun zur Diskussion gestellt wird. Die Änderungsvorschläge der Delegierten werden von der redaktionellen Kommission in der Endfassung der Resolution berücksichtigt. (TASS)



Das Parteiorium der Kommunisten unseres Landes hat in seiner Arbeit schon den „Äquator“ überschritten. Die Debatten über den Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU riefen lebhaftes Interesse aller Delegierten hervor.

Unsere Bilder: Eine Gruppe der Delegierten aus Kasachstan im Gespräch mit ihren Kollegen aus Turkmenien.

Delegierte des Parteitag Rafik Kadyrow, Lokführer aus dem Bahnbetriebswerk Kokand, und Andrej Rolsing, Schloßer aus der „W. I. Lenin“-Grube der Produktionsvereinigung „Karagandaugol“.

Fotos: KasTAG



# PANORAMA

## Positive Beurteilung

aber auch kritische Stimmen

Nachdem Mexiko mit den USA und Kanada über die Bildung einer Freihandelszone im Norden des Doppelkontinents bereits Einigung erzielt hat, diskutiert jetzt das „übrige“ Lateinamerika den Vorschlag von Präsident George Bush, in der gesamten Hemisphäre sämtliche Handelsströme niederzubrechen. Die „Initiative für beide Amerika“, die auch auf einen teilweisen Schuldenerlaß und Investitionsförderung orientiert, wird dabei mit sehr unterschiedlichen Attributen bedacht.

Argentinens Außenminister Domingo Cavallo wertete sie als „sehr positiv“, sprach allerdings nur von einer „ersten Etappe“. Brasiliens Präsident Fernando Collor de Mello begrüßte den Bush-Plan als „Antwort auf die Anstrengungen Lateinamerikas, seine ökonomische Freiheit und Unabhängigkeit zu erkämpfen“. Eindeutige Zustimmung äußerte der honduranische Planungsminister Monlio Martinez. Er verwies darauf, daß sein Land infolge der neuen US-Strategie zum Schuldenabbau vermutlich fast eine Milliarde Dollar gutmachen könnte. Da die US-Regierung auf die

zwölf Milliarden Dollar verzichten wolle, mit denen die Lateinamerikaner bei Washington in der Kreide stehen, müsse man auch die 472 Millionen Dollar Schulden bei der Internationalen Entwicklungsagentur nicht mehr begleichen. Hinzu kämen die 400 Millionen Dollar für ein gemeinsames mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) umzusetzendes Programm. Außerdem würde sich der zu leistende Schuldendienst ab 1991 um jährlich 55 Millionen Dollar reduzieren. Ein vereinbarter Überbrückungskredit über 245 Millionen Dollar erlaubt es Honduras jetzt außerdem, die Tilgung des Schuldendienstes gegenüber IWF, Weltbank und IDB wieder aufzunehmen.

Ähnlich optimistisch betrachtet Kostarikas Planungsminister Thelmo Vargas den Bush-Vorschlag. Seine Regierung werde wohl die darin eingeräumte Möglichkeit nutzen, einen Teil der Schulden gegenüber Washington zurückzukaufen und diese Mittel in Umweltprojekte zu stecken. Die Unternehmer des mittelamerikanischen Landes hingegen

befürchten, bei Öffnung aller Wettbewerbsstufen der übermächtigen Konkurrenz zum Opfer zu fallen. Sie befürworten deshalb ein schrittweises Vorgehen. Der Präsident des salvadorianischen Unternehmerverbandes ANEP, Camilo Bolanos, erhofft sich vom Fall der Handelsströme einen Impuls für die ökonomische Reaktivierung.

Weitere Hintergründe der Bush-Initiative leuchtete der Direktor des Außenhandelsinstitutes Kolumbiens aus. Nach Auffassung von Arturo Sarabia Better könne man nicht einfach eine Superökonomie mit schwachen Volkswirtschaften zusammenwerfen. Da Washington zudem mit den anderen Ländern bilaterale Abkommen eingehen wolle, könnten die lateinamerikanischen Integrationen Prozesse geschwächt werden. Kolumbiens Ex-Außenminister Alfredo Vazquez Carrizosa macht außerdem auf einen schwerwiegenden politischen Aspekt aufmerksam: Bush wolle parallel zur Umsetzung seines Planes das in der OAS-Charta festgehaltene Prinzip der Nichtintervention streichen. Dies sei völlig inakzeptabel.

## Alte Garde hält fest

Kaum Signale für politische Liberalisierung

Der stürmische politische Wandel in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion hat die laotische Führung in Verlegenheit gebracht. „Es traf sie wie eine kalte Dusche“, meinte ein Diplomat. Das Wesen der Veränderungen scheint auch dem Politbüro der Partei nicht 100-prozentig klar zu sein. Dort meinte man, die „Bruderparteien“ seien zu weich gewesen und hätten sich von Opportunisten in den Verrat am Marxismus-Leninismus treiben lassen.

Dazu will es die alte Garde um den bald 70-jährigen Kayson Phomvihane, der seit der Machtübernahme der laotischen Kommunisten im Jahre 1975 Parteipolitbüro und Regierungschef ist, im eigenen Haus erst gar nicht kommen lassen. Entsprechende Aussagen

werden vom Juli-Plenum der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRVP) erwartet. Ein Indiz liefert der Entwurf für die erste Verfassung des Landes, das 15 Jahre lang nur mit Dekreten regiert worden ist. Darin wird ausdrücklich am Einparteiensystem und der alleinigen Führungsrolle der Kommunisten festgehalten. Eine öffentliche Diskussion über ein liberaleres Sozialismus-Modell gibt es in der kleinen Mekong-Republik bisher nicht. Sehr aufmerksam wurden hier aber die Vorgänge in der Mongolei verfolgt, deren wirtschaftlicher Entwicklungsstand und politische Kultur den laotischen Verhältnissen nahekommen. So nahm die Vientianer Führung vor kurzem mit Unmut Notiz vom offenen Brief einiger Hundert laotischer Intellektueller, sich

für einen moderneren, demokratischen Sozialismus einsetzen.

Die Zahl der Laoten, die die politischen Eruptionen im Tausende Kilometer entfernten Europa gebannt verfolgen, ist jedoch gering. Die städtische Bevölkerung betreibt leidenschaftlich ihren geliebten Kleinhandel. Sie ist mit den Wirtschaftsreformen der Regierung Kayson zufrieden. Seit dem IV. Parteitag der LRVP (1986) sind die rund 300 staatlichen Betriebe zur Eigenfinanzierung übergegangen. Das Subventionssystem fiel 1988 praktisch über Nacht. Nun regeln sich die Preise auf dem Invest- und Verbrauchsgütermarkt nach Angebot und Nachfrage. Die Inflation der schwachen laotischen Währung Kip hält sich in Grenzen. Daß die wirtschaftliche Ge-

samtlage dennoch instabile Züge aufweist, führen Fachleute unter anderem auf die geringe Kapitalstärke der einheimischen Banken sowie Unsicherheiten der Regierung im Gebrauch fiskalischer Hebel zurück.

UNO-Statistiken rechnen das 4,5 Millionen Menschen zählende Laos weiter zu den 20 ärmsten Ländern der Erde. Der relative Wohlstand der Städte gründet sich noch immer auf dem ökologisch unvertretbaren Raubbau an den laotischen Edelhölzern sowie auf einheimischen Gold- und Silbervorkommen. Fremdkapital fließt hauptsächlich aus Thailand, und seit Jahresanfang auch aus China nach Laos. Mit etwa 100 Millionen Dollar werden die ausländischen Investitionen dem großen Entwicklungsbedarf des Landes bisher noch nicht gerecht.

## Düstere Prognosen

für Versorgungslage in Rumänien

Die Prognosen für die Versorgungslage in Rumänien fallen düster aus. Nach wie vor ist eine stabile Bellerfüllung der Geschäfte mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln wie Brot, Zucker, Mehl und Öl nicht gesichert. Ein halbes Jahr nach dem Ende der Diktatur beginnt der Unmut unter der Bevölkerung wieder zu wachsen.

In der mittelrumänischen Bezirksstadt Brasov gingen dieser Tage einige Tausend Arbeiter der großen Industriebetriebe auf die Straße und forderten vor der Stadtverwaltung, endlich konkrete Maßnahmen für eine bessere

Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren zu ergreifen. In der stebenbürgischen Industriestadt müssen die Einwohner nach wie vor nach Brot Schlange stehen. Öl und Mehl sind Mangelware, und seit kurzem gibt es keinen Zucker mehr. Die katastrophale Versorgungslage ist jedoch nicht etwa auf Brasov beschränkt. Sie ist eher symptomatisch für den gegenwärtigen Zustand des Landes.

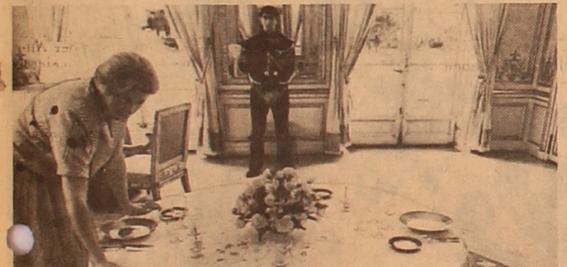
Ceausescu hinterließ dem Land eine völlig unterentwickelte Landwirtschaft. Die Technik ist alt, es fehlen überall Ersatzteile. Vielerorts wird die Ernte mit

Eselskarren und Heugabeln eingebracht. Als es in diesem Jahr den Bauern zum ersten Mal freigestellt war, ohne zentralistische Vorgaben von oben selbst darüber zu bestimmen, was sie auf ihren Feldern anbauen, entschieden sich die meisten Landwirtschaftsbetriebe für Getreide, weil es den geringsten Bearbeitungsaufwand erfordert. So fielen denn auch die Anbauflächen für Zuckerrüben, Sonnenblumen, Mais und Sojabohnen bis zu 50 Prozent geringer als in den vor Jahren aus.

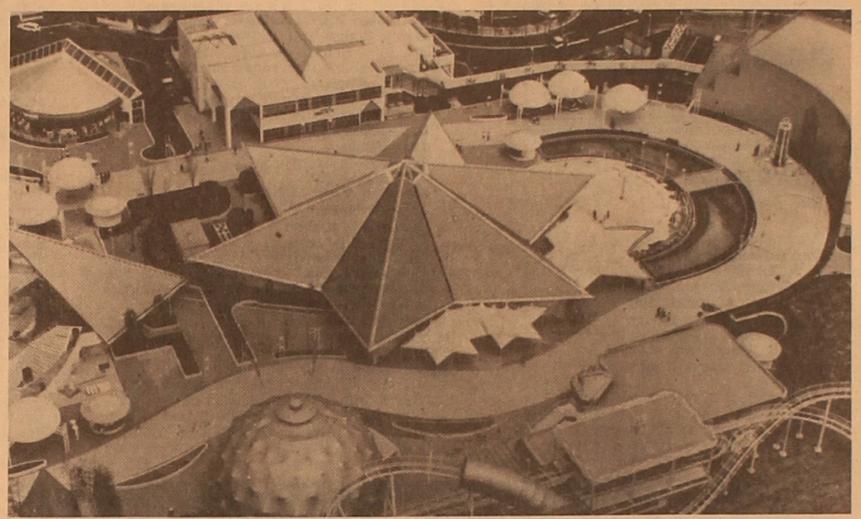
Einziger Bereich, in dem die Gesetze zur Förderung privater Initiative bereits greifen, ist der Obst- und Gemüseanbau. Das Angebot auf den freien Bauernmärkten ist groß. Da der staatliche Handel dem nichts entgegenzusetzen hat, können die Bauern die Preise in kaum erschwierliche Höhen treiben.

## Über 2 Millionen streiken

Mehr als zwei Millionen Arbeiter, Angestellte und Händler Griechenlands sind einem Aufruf der Gewerkschaften zu einem allgemeinen Streik gefolgt, der praktisch das gesamte öffentliche Leben lahmlegte. In der Athener Innenstadt versammelten sich rund 10 000 Streikende zu einer Protestdemonstration. Gestreikt wurde in der Industrie, im gesamten Verkehrswesen, bei der Post, in Banken und in Krankenhäusern. Unterstützung fand der Ausstand, der sich gegen die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Mitsotakis richtete, auch bei den Handwerkern und Ladenbesitzern. Außerdem streikten die Beschäftigten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft.



Champs-Elysees — praktisch ein jeder, der mit der Geschichte Frankreichs ein wenig bekannt ist, stellt sich, wenn er diese Wortverbindung hört, eine der Hauptmagistralen von Paris vor. Interessiert man sich, woher diese ungewöhnliche Benennung kommt, so erfährt man, daß in der griechischen Mythologie so der Wohnsitz der Seligen heißt, in den nach dem Tode Helden — die Lieblinge der Götter — gelangen. Unser Bild: Die ökonomische Chefin Lucienne Blondot deckt den Tisch im Bildnis-Salon. Foto: TASS



Kitakyushu (Präfektur Fukuoka). „Achtung, in geringer Höhe kommen unbekannte Flugkörper!“, „Achtung, die Fluggeschwindigkeit unseres Weltraumschiffes nähert sich der Lichtgeschwindigkeit — bitte nicht aufstehen!“ „Wir bitten inständig, keine Nahrung und Getränke mitzunehmen, um andere Planeten nicht mit Mikroorganismen von der Erde zu verseuchen...“ Es schimmert geradezu in den Augen vor Warnungen dieser Art, aber sollte irgendein Erdbewohner in Verwirrung geraten, dann kommen ihm zaubernde „außerirdische Jungfrauen“ zu Hilfe und geben alle notwendigen Erklärungen in bestem Japanisch. Dabei tut es an Erklärungen fast sächlich: Wir befinden uns in dem in Kitakyushu eröffneten Park

„Space World“ („Kosmische Welt“), dem ersten thematischen Park dieser Art auf der Erde. Die Besucher, die sich auf 33 Hektar erstreckenden „Space World“ haben die einzigartige Möglichkeit, in insgesamt 10 Minuten sämtliche Planeten des Sonnensystems zu besuchen, darunter auch die Kehrseite des Mondes. Sie erleben einen Sternschnuppenfall und passieren einen eiskalten Tunnel irgendwo auf dem Pluton. Die Kinder und Erwachsenen können in „schwarze Löcher tauchen“ und sehen, wie nicht erdacht, sondern realer Kosmos aussieht, der an Bord einer Weltraumfähre auf Film gebannt wurde. Zugleich dürfen sie das in natürlicher Größe gebaute und in die Höhe ragende „Discovery“-Modell besich-

tigen und sich mit der Geschichte der Weltraumwissenschaft von Galilei bis in unsere Tage bekanntmachen... „Japan, das über ein mächtiges wissenschaftlich-technisches Potential verfügt, ist im Bereich der Weltraumforschungen zurückgeblieben. Jetzt soll es diesen Rückstand auf“, erzählte Toshiro Oguyama, Vizepräsident der Gesellschaft „Space World“, im Gespräch mit dem TASS-Korrespondenten. „Wir wollen, daß die japanischen Kinder sich mehr für den Kosmos interessieren, daß sie davon träumen, Kosmonauten zu werden.“ Unser Bild: Ein Fragment der Exposition „Space World“. Foto: TASS

## In wenigen Zeilen

HAVANNA. Kuba hatte Ende Juni über 35 000 Soldaten aus Angola abgezogen. Das teilte das kubanische Verteidigungsministerium in Havanna mit. Im Juni sind 244 kubanische Soldaten aus dem afrikanischen Land zurückgekehrt. Der von UNO-Beobachtern kontrollierte Abzug war im Dezember 1988 zwischen den Regierungen beider Länder vereinbart worden.

PEKING. Die Erfahrungen Chinas belegten die grundlegende Bedeutung, die die innere Stabilität und wirtschaftlicher Aufschwung für Entwicklungsländer haben. Das unterstrich Chinas KP-Chef Jiang Zemin bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Koreanischen Demokratischen Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes (DFWV), Ryom Thadshyn.

## Vor Privatisierungswelle

In Argentinien hat eine Welle der Privatisierung staatlicher Betriebe begonnen, wie sie bisher kein Land in Südamerika kannte. Fluggesellschaften, Eisenbahnen, Erdölfirmen, Hafeneinrichtungen, Elektrizitätswerke und andere Firmen, die nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges verstaatlicht worden waren, sind jetzt zum Verkauf angeboten. Die Mehrheit der Aktien des staatlichen Fernmeldeamtes ist bereits von einem Spanisch-US-amerikanischen Unternehmen aufgekauft

worden. Auch die Verwaltung und Wartung von rund 10 000 Kilometer Autobahnen sind in private Hände übergegangen. Die Ursachen und Gründe für diese Situation, so politische Beobachter, müßten in der tiefen Wirtschaftskrise gesucht werden, von der das Land seit 1984 erschüttert wird. Galoppierende Inflation, unvermindert hohe Arbeitslosigkeit und eine Auslandsverschuldung von rund 66 Milliarden US-Dollar sind einige Daten der dramatischen Lage.

## Zugeständnisse an Opposition

Der mongolische Staatschef Otschirbat hat den außerparlamentarischen Parteien wesentliche Zugeständnisse gemacht, damit keine von ihnen die Wahlen Ende Juli boykottiert.

Wie die Agentur Bonzame von einem Treffen Otschirbats mit beiden Parteien berichtete, hat das von ihm geleitete Parlamentarismusforum nun keine Einwände mehr gegen internationale Beobachter. Man konnte nach seinen Worten britischen Parlamentariern, die Ende Juli die Mongolei besuchen, anbieten, als Wahlbeobachter zu fungieren.

Ferner teilte Otschirbat mit, die Grundorganisation der kommunistischen MRVP sollten ihre Tätigkeit in den bewaffneten Organen vorübergehend einstellen. Ihre Auflösung in diesen Einheiten könne jedoch erst eingeleitet werden, wenn aus dem Parlamentengesetz das Produktionsprinzip gestrichen worden sei.

Was die Wahlkampfgelder betrafte, so verblieben laut Fernsehbericht der MRVP 500 000 Tugrik aus der bereits vom Staat erhaltenen Unterstützung. Die Demokraten erhalten 400 000, die Sozialdemokraten und Progressiven je 300 000 sowie die Partei der freien Arbeit und die Grünen je 100 000 Tugrik.

Die Demokratische Partei hatte bereits ihren Ausstieg aus dem Wahlkampf verkündet, allerdings ihren bereits nominierten Kandidaten freigestellt, als Unabhängige um die Mandate zu ringen. In der Begründung wurde den Kommunisten unter anderem angekreidet, das Wahlgesetz zu verletzen, Hindernisse vor den neuen Parteien aufzubauen, Druck auf Wähler auszuüben und die meisten Wahlkommissionen schon vorzeitig okkupiert zu haben. Die Sozialdemokraten hatten von der Staatsführung Antwort auf einen Forderungskatalog verlangt.

## Für Dialog mit Palästinensern

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin hat sich dafür ausgesprochen, den von den USA vorgeschlagenen Plan für einen Dialog mit den Palästinensern zu akzeptieren und den Nahost-Friedensprozess voranzutreiben. Der gegenwärtige Stützpunkt in diesem Prozeß erhöhe die Gefahr eines Krieges zwischen Israel und den Arabern. Die Regierung Shamir hatte die im sogenannten Baker-Plan festgeschriebenen Vorschlä-

ge der USA für die Zusammensetzung einer palästinensischen Verhandlungsdelegation abgelehnt. Die Arbeiterpartei, deren Vorsitz Rabin möglicherweise von Shimon Peres übernehmen wird, müsse vorgezogene Wahlen in Israel erzwingen, betonte der Politiker. Nach Ansicht Rabins ist der Nahost-Friedensprozess völlig zum Stillstand gekommen, seit die rechtsgerichtete Regierung unter Premier Yitzhak Shamir im vorigen Monat die Staatsgeschäfte übernommen habe.

Der amerikanischen Zeitung „Parade“ zufolge sind bereits über 15 000 Kinder durch künstliche Befruchtung zur Welt gekommen und haben vielen Eheleuten Freude gebracht....

Obwohl diese Methode ziemlich teuer zu stehen kommt, ist sie heutzutage höchst annehmbar für die meisten Menschen, die Eltern sein wollen, jedoch infolge verschiedener Gründe ihr Ziel auf natürlichem Wege nicht erreichen können, schreibt die illustrierte. Man zieht diese Methode einem chirurgischen Eingriff und vielen Verfahren der Arzneiwirkung und Physiotherapie vor.

Unser Bild: Acht Jahre warteten auf ein Kind Jerry und Susy White... Im Jahre 1988 beschloß das Ehepaar endlich, sich an die Fachleute des Instituts für Reproduktionsmedizin in Norfolk (Staat Virginia) zu wenden, wo sich die erste amerikanische Poliklinik befindet, die sich erfolgreich mit Problemen der künstlichen Befruchtung befaßt. Nun ist die schwierige Operation vorüber... Die Entschlossenheit und Geduld des Paares wurden reichlich belohnt — sie bekamen gleich zwei Kinder — Sara und Kath.

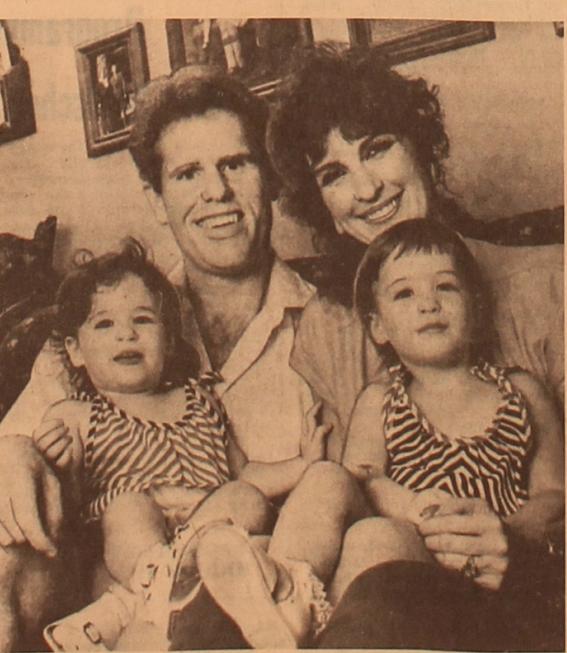


Foto: TASS

## Letzte Urwälder

Baumriesen, geknicktes Holz, Farne und romantische Gewässer — alltägliches Bild der letzten Urwälder in der Schweiz.

Von den 39 Reservaten im Alpenland gelten heute noch drei als eigentliche Urwälder. Weil diese nur schwer erreichbar und

damit kaum zu bewirtschaften waren, haben sich diese Wälder bis heute in ursprünglichem Zustand erhalten.

Ein echter Urwald — und als solcher gilt nur, wenn dort über Jahrhunderte hinweg der natürliche Lebenslauf nicht durch Men-

schenhand beeinflußt wurde — ist der Bödmerenwald auf dem Pragelpaß im Kanton Schwyz. In dem 600 Hektar umfassenden Gebiet stehen fünf- und sechshundertjährige Rieseneichen, vereinzelt Bergahorne und Buchen. Der Karstboden, auf dem der Wald steht, ist von Spalten und Löchern zerklüftet.

Viele der alten Hölzer tragen nummerierte Tafelchen. Dadurch wird Forschungsarbeit erleichtert.

## Geschlossene Gesellschaft

Seit vier Jahren lebt der Koreaner Jong King in New York, doch seine Heimat hat er bis jetzt noch nicht richtig verlassen. Seine Tage in der amerikanischen Großstadt verlaufen wie früher in Soul: Geht er nach der Arbeit in einem Krämerladen ausnahmsweise mal nicht gleich nach Hause zu Frau Mung und den Kindern, trifft man ihn im Korea Bowling Club. Sonntags sitzt er bei Pfarrer in der koreanischen Methodistenkirche, und im Fernsehen sieht er nur das koreanische Programm. Englisch kann der 41-jährige kaum: In seiner Welt, mitten in New York, spricht man Koreanisch.

Jong King ist einer von Zehntausenden Südkoreanern, die in den vergangenen Jahren das „Land der Morgenrische“ verlassen haben, um im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ ihr Glück zu machen. In New York leben die meisten von ihnen in zwei Welten — dem New York, in dem sie in harter Arbeit ihre Dollars verdienen, und in der New Yorker koreanischen Heimat, die sie unter- und miteinander konservieren.

Jahrzehnten zu Tausenden nach Amerika kamen, haben ihre kulturelle Identität teilweise recht weitgehend bewahrt. Doch keine Volksgruppe hat sich in der Geschichte der multi-ethnischen Metropolis am East River so sehr in sich gekehrt, hat die Assimilation mit der Umgebung so hartnäckig und erfolgreich verweigert, wie die seit Anfang der 80er Jahre ins Land strömenden Koreaner.

Anders als jene Landsleute, die nach dem Korea-Krieg in den 50er Jahren in kleineren Gruppen dem Ruf in die „neue Welt“ gefolgt, inzwischen längst „amerikanisiert“ und zum Teil bis in die New Yorker High Society aufgestiegen sind, haben die „neuen“ Koreaner vor allem das Heer der Hilfsarbeiter, der billigen Dienstkräfte und der kleinen Ladenbesitzer verstärkt.

Auf rund 300 000 wird ihre Zahl bereits geschätzt. Offiziell sind es einige Zehntausend weniger. Aber die Behörden wissen, daß jedes Jahr rund 2 500 Koreaner in die Stadt kommen, von denen viele nur Besuchvisa haben. Da es in den USA keine Ausreisekontrollen gibt, läßt sich nicht genau sagen, wie viele von ih-

nen illegal dableiben. Auf der Straße bleibt allerdings keiner. Das verhindert der feste Zusammenhalt unter den koreanischen Volksgruppen. Die jeweilige Gemeinschaft gibt Starthilfe, vermittelt Obdach und Arbeit. Wer sich „bewährt“, bekommt Unterstützung für die Gründung eines kleinen Geschäftes. Das Kapital, um das die mittellosen Einwanderer bei den Banken vergeblich bitten würden, schießt ein Nachbarschaftsfonds vor. Auf mehr als 15 000 ist in den letzten Jahren die Anzahl jener New Yorker Krämerläden, Gemischtwarenläden und Pflegesalons gestiegen, die von Koreanern betrieben werden. Hier arbeiten sie 16 Stunden täglich und meist sieben Tage pro Woche, denn wer in Manhattan seinen Laden Sonnabend und Sonntag zumacht, hat bald keine Kunden mehr. Erst einen einzigen Urlaubstag hat Jong King sich seit seiner Ankunft 1986 gegönnt, um mit der Familie einen Ausflug zur Freiheitsstatue zu unternehmen.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Aus unserer Post

Gute Meister werden geschätzt

Viktor Ratzkopf kennt nicht die vielen Strapazen, die seine Eltern mit der Auswanderung aus ihrem Wohnort durchgemacht haben. Er wurde schon nach dem Krieg in Sibirien geboren. Nach der Abschaffung der Sonderkommandantur kam er als kleines Kind mit seinen Eltern nach Kirgisien. Hier in der Siedlung Iwanowka ließen sie sich nieder und faßten festen Fuß. Hier ist Viktor auch aufgewachsen. Er war ein fleißiger Schüler der örtlichen Mittelschule. In allen Fächern zeigte er große Liebe und doch der Technik. Nach dem Schulunterricht ging er nie sofort nach Hause, sondern erlitt in die Reparaturwerkstätten und bewunderte dort stundenlang die Dieselmotoren und -autos. Manchmal gelang es ihm auch, in die Fahrerkabine zu schleichen und heimlich, mit angehaltenem Atem das Lenkrad zu drehen. Das waren die glücklichsten Minuten seines Lebens. Er kannte alle Modelle und Typen von Traktoren und Autos, die es in ihrem Landwirtschaftsbetrieb gab und konnte sie vom weiten nach ihrem Motorgeräusch erkennen. Niemand zweifelte daran, daß der kleine Viktor mal Fahrer oder Traktorist wird. So geschah es auch. Nach der Schule besuchte er ausgezeichnet einen Fahrerlehrgang an der DOSAAF-Schule, und wurde als Fahrer zum Wehrdienst einberufen. Die angeborene Diszipliniertheit und Arbeitslust brachten ihm in kurzer Zeit die Anerkennung der Soldaten und Offiziere. Auch nach dem Armeedienst gab Viktor seinen Beruf nicht auf, obwohl viele ihm rieten, seine Ausbildung fortzusetzen. Das Schicksal versetzte ihn nach Kasachstan, in die Siedlung Kischmischl, Gebiet Dshambul. Mit seiner Frau Vera, die in der Viehzucht tätig ist, hat er hier tiefe Wurzeln geschlagen. Die beiden führen eine kräftige Hauswirtschaft, erziehen zwei Söhne und eine Tochter. Auch hier erwarb sich Viktor bald den Ruf eines sachkundigen Kenners der Technik und gilt heute als der beste Meister für Motorreparaturen. Im Kolchos „Trudowik“ wo diese Familie tätig ist, weiß man solche Leute zu schätzen. Man unternimmt alles, damit sie gute Wohnverhältnisse haben, damit ihre Kinder im Kindergarten und in der Schule mütterlich umsorgt werden, damit sie hier für immer bleiben. Solche kräftigen Familien bilden ja die Kraft des Betriebs. Ja auch des ganzen Landes.

Heinrich ENNS

Gebiet Dshambul

Briefpartner gesucht

Ich suche Briefkontakte mit einer deutschsprachigen Familie in der Sowjetunion sowie Einzelpersonen in Ihrem Lande, die mit mir in Deutsch korrespondieren möchten.

Ich bin 43 Jahre alt, geschieden und im Gesundheitswesen als Arzt tätig. Meine Interessen sind verschieden. Ich würde mich sehr freuen, wenn mir jemand schreiben wird.

Meine Anschrift:

Edgar SCHNEEGE, Georg Schumannstr. 38, 7022 Leipzig, DDR

Annelore ENGEL-BRAUNSCHMIDT

Kulturgeschichtliche Betrachtungen

„Der Sturmschritt“:

Zwischen kultureller Autonomie und dem Würgegriff Stalins

Zu den Gedichten und Erzählungen gesellte sich sehr bald die Reportage als die angeblich gütigste Gattung proletarischer Literatur, wie sie auch in der „Linkskurve“ propagiert worden war. Aber gerade die „angehenden Literaten“ kamen nicht recht in Gang, alle die „Stürmer“ (russ.: udarniki) oder „literarischen Stoßarbeiter“, die die alte Garde der noch nicht als Proletarier geborenen Autoren ablösen sollten. In seiner Dezembernummer 1931 erklärte „Der Sturmschritt“ daher lapidar: „In Ermangelung von größeren literarischen Erzeugnissen sowjetdeutscher Schriftsteller-Stürmer werden... Werke russischer Literaten-Stürmer behandelt.“

(Fortsetzung, Anfang Nrn. 112, 115, 119, 120, 125)

Unsere Sitten und Bräuche

Der Heumonat

Aus der Aufführung „Volksfest“ des Deutschen Theaters

Der Sprecher:

Der Horizont kriegt rote Wangen, Da kommt auch schon der neue Tag Heiß atmend übers Feld gegangen, Im Dorf riecht's wie im Wiesenschlag, Es riecht noch sonndurchglühten Schwaden

Nach Erdbeerkraut und Thymian, Zwei Wagen kommen hochgeladen Mit einer halben Wiese an. /Es erklingt der Sommerkanon:/ Lachend, lachend, lachend, Kommt der Sommer über das Feld, Über das Feld kommt er lachend, Ha-ha-ha, lachend über das Feld! /Die Mädchen schmücken die Bühne mit Blumen- und Kräuterkränzen aus: Die an den Eingangstüren und den Fensterrahmen befestigten Sträuße sollen das Haus vor Gespenstern hüten!.

Der Sprecher: Der Sommer ernährt, der Winter verzehrt. Ja, im Sommer war nicht viel Zeit zum Feiern. Aber einen Feiertag gab es doch. Am 21. Juni, dem längsten Tag im Sommer, wurde der Johannistag gefeiert. Nach dem Johannistag begann die Heumähd. Nicht umsonst hieß der Juli einst der Heumonat. Die Feier begann gewöhnlich um 12 Uhr mittags. Man glaubte, daß der Tag in dieser Zeit besonders geheimnisvoll sei.



Das Mädchen (dem Sprecher einen Blumenstrauß überreichend):

J. W. Goethe Der Strauß, den ich gepflückt, Grüßt dich vieltausendmal, Ich habe mich oft gebückt, Ach, wohl hunderttausendmal, Und ihn ans Herz gedrückt, Mir hunderttausendmal. (beide ab) /Es kommen Burschen auf die Bühne, sie tragen eine Stange und singen das Lied „Ein Heller und ein Batzen“/ Ein Heller und ein Batzen



eine Rassel; alle singen das Lied „Lustige Schäfer“/

Lustige Schäfer!

2. Schäfer, sag, was willst du trinken? Roten Wein und Zimmet drein, Roten Wein und Zimmet drein, Muß für lustige Schäfer sein, Und ich sag: Es bleibt dabei! Lustig ist die Schäferlei! 3. Schäfer, sag, wo tust du schlafen? Drauß' im Feld, bei meinen Schafen, Drauß' im Feld, bei seinen Schafen, Muß der lustige Schäfer schlafen, Und ich sag: Es bleibt dabei! Lustig ist die Schäferlei! 4. Schäfer, sag, wo tust du tanzen? Drauß' im Feld, bei einem Ranzen, Drauß' im Feld, bei einem Ranzen, Müssen lustige Schäfer tanzen, Und ich sag: Es bleibt dabei! Lustig ist die Schäferlei!

1. Bursche: Den Wein sollst du haben, lieber Schäfer, aber tu uns einen Gefallen, sei für heute unser König! Der Schäfer: Gebt mir Wein, dann gebe ich die Antwort. (Er bekommt den Krug mit Wein und trinkt.) Der Wein ist gut, ich bin einverstanden! (Alle jubeln, die Burschen richten einen Thron für den König auf) 2. Bursche: Hier hin, in den Schatten, denn die Sonne brennt heute tüchtig! 3. Bursche: Euer Majestät, bitte thronen Sie!

Der Schäfer (nimmt Platz, schon beerauscht, spricht wichtigtuersch): So sei es! Ich bin euer König und alles, was ich heute befehle, muß ohne Zögern erfüllt werden, klar?! Alle: Jawohl! Wie denn anders? Einverstanden! Der Schäfer: So laßt uns anfangen! Auf unserem Fest sind heute alle gleichberechtigt. Der König trinkt mit seinen Untertanen. Es ist ein warmer Sommer, auch Regen hat die Erde genug bekommen. So trinken wir auf eine gute Ernte in diesem Jahr. Das befehle ich, denn ich bin euer König! Alle: Es ist recht so. Trinken wir! (Alle trinken)

Der Schäfer: Ich, euer König, befehle weiter! Macht einen Scherhaufen, und ich schlage Feuer, denn das ist reines Feuer! (Die Burschen führen den Befehl aus, der Schäfer schlägt Feuer, die Mädchen umwickeln den König mit Sträußen, er übergibt den glühenden Halm, die Burschen machen Feuer, das immer stärker wird, die Mädchen werfen Kräutersträuße ins Feuer) 1. Mädchen: Bring uns Wärme! 2. Mädchen: Bring uns gute Ernte! 3. Mädchen: Nimm das Unkraut vom Feld! Der Schäfer: Wer in diesem Jahr heiraten will, soll übers Feuer springen. Ich bin der Richter! (Fortsetzung folgt)

Im Dienst der Medizin

Das im Lande zweitgrößte und in der mittelasiatischen Region größte Zentrum für Barotherapie bei der Tschimkenter Klinik für medizinische Schnellhilfe ist für die Südkasachstaner Ärzte nun eine effektive Unterstützung beim Kurieren einer Vielzahl verschiedener Krankheiten. Über 18 000 Patienten erhielten hier schon eine Sauerstoffbehandlung unter Druck; die Gesundheit der meisten von ihnen hat sich wesentlich verbessert. UNSERE BILDER: Patienten aus der kardiologischen Abteilung bei der Heilbehandlung. Der Oberordinator N. Dyck (v. l. n. r.), der Chefingenieur und Konstrukteur J. Wischnjakow, der Chefarzt der Klinik und Leiter des Zentrums für Barotherapie T. Orynbajew, der Cheftechnologe J. Kostenko und der Chefingenieur des Zentrums J. Ostrouchow beim Erörtern eines grundsätzlich neuen Schemas einer Druckkammer mit 20 Plätzen. Foto: KasTAG

Für eine gesunde Lebensweise

Kampf im Scharfschießen

Im Schießstand der Stadt Stepnogorsk endete unlängst die Meisterschaft im KK-Büchsen-schießen. Als erste Wettfeindin die Damen im Liegenden Anschlag. Am sichersten schoß die Meisterkandidatin Galina Kortschma, Studentin im vierten Studienjahr an der pädagogischen Hochschule. Ihr Ergebnis war 587 von 600 Punkten. Hätte sie noch einen Punkt mehr gesammelt, wäre sie zur Meisterin der UdSSR geworden. Trotzdem hat sie einen neuen Gebietsrekord aufgestellt.

agischen Hochschule zeigte mit 586 Punkten das beste Resultat. Er gewann damit auch den ersten Platz. Den zweiten Platz belegte der Meister des Sports Alexander Kalika. Im Liegend-, Kniend- und Stehend-schießen siegte mit 562 Punkten Galina Kortschma. Ihr folgte Tatjana Bogdel. Swetlana Tschiginzowa gewann die Bronzemedaille. Unter den Männern war Wladimir Onitschtschenko der Treffsicherste.

Die Silbermedaille gewann die Kindergärtnerin aus Stepnogorsk Tatjana Bogdel. Den dritten Platz belegte die Studentin Swetlana Tschiginzowa von der Zelinograd pädagogischen Fachschule.

Wladimir Onitschtschenko und Galina Kortschma sind zu absoluten Siegern des Jahres 1990 geworden. Im Mannschaftskampf gewannen die Schützen aus Zelinograd. Alle Sieger wurden mit Medaillen und Ehrenurkunden des Sportkomitees des Gebiets ausgezeichnet.

Johann LAUTENSCHLAGER

Zelinograd

Jungen und Mädchen am Schachbrett

In Petropawlowsk fand die traditionelle Unionsmeisterschaft im Schach- und Damespiel statt. Diesmal war sie dem Kriegsveteranen, Träger des Leninordens und Ehreninwohner der Stadt Stepan Baschkirow gewidmet. Diese Meisterschaft wurde bereits zum siebenten Mal durchgeführt.

kin und Alexander Tumbasow aus Swerdlowsk — entsprechend 9 und 9,5 Punkte. Die Mädchen Natalja Makarowa und Larissa Matwijenko aus Orsk sammelten je 9,5 Punkte.

Bei den Schachspielern siegte die Sportler aus dem Swerdlowsker Klub „Etjud“ (Schüler der 157. Mittelschule). Sie sammelten 52,5 von 60 Punkten. Ihr Bestes gaben auch die Spieler aus Uralisk Sergej Shisherin, Danil Kukujakin, Alexander Tumbasow, Sergej Simonow, Natalja Oreschina und Maria Leonowa.

Unter den Damespielern stiegen die Gäste aus Baschkirien — die Schüler der Ischimbajer Jugendsportschule. Sie werden vom mehrfachen Meister der Kasachischen SSR und Meister des Sports der UdSSR Juri Tschertok trainiert. Sie sammelten 39,5 von 44 Punkten.

Mit einem halben Punkt weniger belegten die Schachspieler der Jugendsportschule Nr. 3 aus Orsk den zweiten Platz. Ihnen folgten die vorjährigen Sieger — die Jungen aus der Jugendsportschule Nr. 9 in Tscheljabinsk. Sie sammelten 45,5 Punkte.

Den zweiten Platz mit 34 Punkten belegten die Spieler aus der Jugendsportschule Nishni Tagil. Die Drittbesten mit 29 Punkten waren die Gastgeber der Meisterschaft.

Im Einzelkampf siegte die Schachspielerin erster Leistungsklasse Danil Pal aus Kustanal — 8,5 Punkte, Danil Kukujakin

Im Einzelkampf waren die Meisterkandidaten Sergej Kastornow aus Petropawlowsk und Vital Stumpf, beide mit je 10 Punkten sowie Wjatscheslaw Pestrjajew und Dina Gisatullina — mit je 10 Punkten die Stärksten. Die drei letztgenannten Sportler kamen aus Baschkirien.

Felix WASSERMANN

Petropawlowsk



Das einzige Kriterium ist Talent

Am 25. Juni dieses Jahres fand in Belgorod der erste Kongreß der informellen Dichter der Sowjetunion statt. Auf diesem Poetenforum wurde der Verband freischaffender Dichter (VFD), eine dem offiziellen Schriftstellerverband der UdSSR alternierende Künstlerorganisation, gegründet. Vor kurzem besuchte Iwan Nowizki, ein Lyriker aus Rostow am Don und Mitglied des VFD, auf seiner schöpferischen Reise durch Mittelasien die Hauptstadt Kasachstans. Hier traf er mit freischaffenden Dichtern Alma-Atas zusammen. Während dieses Treffens bat ich Iwan Nowizki, unsere Leser über den Verband freischaffender Dichter zu informieren.

„Unser Verband besteht de facto seit Mai 1989, nachdem sechs Teilnehmer der 9. Beratung der jungen Literaten der Sowjetunion beschlossen haben, sich zu vereinen. Die Aufgabe des im Juni entstandenen Verbandes ist die Verlagstätigkeit und die Herausgabe eines Almanachs für angehende Autoren. Der Almanach „Stich“, so heißt er, wird in Moskau erscheinen. Der Verband setzt sich jetzt leider nur aus russischsprachigen Dichtern zusammen. Aber laut Artikel 1 des Statuts des VFD darf jeder Sowjetbürger unabhängig von Alter, Nationalität, Konfession und Weltanschauung Mitglied unseres Verbandes werden. Hier gilt nur das einzige Kriterium — Talent. Auch die Anzahl der Publi-

kationen der angehenden Dichter spielt bei der Aufnahme in den Verband keine große Rolle. Nun wollen wir Kontakt zu jungen Poeten in den mittelasiatischen Republiken aufnehmen. Alle unsere Gesinnungsgenossen, die in Russisch, Deutsch, Koreanisch, Kasachisch, Jüdisch, Kirgisisch, Usbekisch oder in anderen Sprachen dichten, sind im Verband freischaffender Dichter willkommen! Interessenten können sich an unsere Kontaktadresse in Alma-Ata wenden: 480100 Alma-Ata, Prospekt Lenina, 17, kw. 26, mit dem Vermerk „für Iwan Nowizki!“

Igor TRUTANOW Korrespondent der „Freundschaft“

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Auf dem heutigen Dienstagsprogramm stehen aktuelle Berichte unserer Eigenkorrespondenten. Zuerst erfahren Sie, wie es in Nordkasachstan am Beispiel des Sowchos „Furmanowski“ um die Heuernte steht, die dort zur Zeit in vollem Gange ist. Danach besuchen wir das Dorf Rosowka im Gebiet Pawlodar und sprechen mit Eleonore Schneider, Schullehrerin für Werkunterricht über die Frage, womit sich die Schüler zur Zeit beschäftigen. Auch die Zeitung „Freundschaft“ bleibt nicht vergessen. Im Überblick sind wie immer die Publikationen dieser Woche. Und nun ganz kurz zum Mittwoch. Um 21.30 Uhr sind die Hörer, vor allem die jungen, herzlich zur musikalischen Sendung eingeladen. Unsere ehren-

amtlichen Mitarbeiter Rodion Titarenko und Olga Pritzkau begrüßen sie mit neuen Informationen und Titeln aus dem Bereich der Musik. Am Donnerstag ist eine musikalisch-literarische Sendung aus dem Tonarchiv vorgesehen. In der Freitagssendung sei unter anderem die Reportage von Erna Minz hervorgehoben. Im Mittelpunkt steht die Person des Durchschnittsmechanikers Wolodimir Kummel, der sich ab 18 Jahren mit Technik und Feld verbunden fühlt. Danach folgen zwei Interviews, ebenfalls mit Durchschnittsmenschen, nämlich im Thälmann-Kolchos, Gebiet Pawlodar. Das Gesprächsthema ist die Mitteilung vom 1. Juni, in der „Iswestija“ über die Gründung deutscher Rayons und Dorfsowjets in der

Altregion und in Kasachstan. Wie verhalten sich unsere Mitbürger dazu? Laut den jüngsten Meldungen nicht eindeutig. Näheres darüber erfahren Sie in unserer Freitagssendung. Die Samstagausgabe ist nach wie vor dem traditionellen Wunschkonzert vorbehalten.

Viel Spaß beim Zuhören, liebe Freunde! Harry WEDEL, Redakteur

Nach langem und schweren Leiden verschied in ihrem 64. Lebensjahr die Mutter des Abteilungsleiters der Redaktion der „Freundschaft“ Robert Franz Frau Emma Franz Das Kollektiv der Redaktion spricht im Zusammenhang damit ihrem Kollegen und Freund tiefempfundenes Beileid aus.

Chefredakteur Konstantin EHRlich

te, mußte er im Juli 1931 wegen angeblicher Verschleierung von kulakischen Praktiken in seinem Roman „Das alte Neuhoffnung per Eingabe an das Litjournal Selbstkritik üben. Er war zu diesem Zeitpunkt noch Sekretär des Büros der deutschen Sektion beim „Pflug“. Nach dem er Anfang 1932 auf dem 3. Diskussionsabend der „Pflug“-Sektion eine Rede über die sowjetdeutsche Dichtung gehalten hatte, mußte er sich im Sommer desselben Jahres erneut gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, einem faulen Liberalismus zu huldigen und letztlich ein Klassenfeind zu sein, einen Vorwurf, den Schellenberg, „unser eingebildeter literarischer Papst in Moskau, im „Sturmschritt“ gegen ihn erhoben hatte.

ANMERKUNGEN: 42 „Sturmschritt“, 12 (1931), 14, Anm. 43 H. Bachmann, „Was der anfangende Schriftsteller wissen muß“, in „Sturmschritt“, 3, (1931), 20-23; 5-6 (1931), 38-41; 7 (1931), 20-23; 9 (1931), 17f.; 10 (1931), 13-16; 11 (1931), 10-13; 12 (1931), 10-12; 1 (1932), 11f. Eine Buchpublikation dieser „Konsultationen“ war geplant (vgl. „Sturmschritt“, 12 (1931), S. 17, 20), ist aber allem Anschein nach nie zustande gekommen. 44 „Sturmschritt“, 2-3 (1932), 27, 30; 8 (1932), 20; 11 (1932), 63 45 Vgl. das Vorwort von Joseph Schnurr zu: H. Bachmann, Durch die deutschen Kolonien des Beresaner Gebiets: Kolonischlechtschilka“ (Stuttgart, 1974), S. XIII. 46 „Sturmschritt“, 2-3 (1932), 43. 47 „Sturmschritt“, 1 (1930), 8. 48 „Sturmschritt“, 7 (1931), 23. (Fortsetzung folgt)

Unsere Anschrift: Kazzachskaja SSR, 480044, Almaty, ul. M. Gorkogo, 50 4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbrief — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-84-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414 Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Объем 2 печатных листа УГ 01172 Зараза 11973